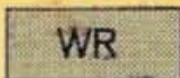
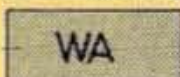

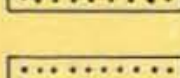




PLANZEICHEN (§ 2 (4) PlanZVO) zu den zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes.


ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1.a) BBauG)

-  **WR** Reines Wohngebiet (§ 3 BauNVO)
-  **WA** Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
-  Baugrundstücke für den Gemeinbedarf (§ 9 (1) 1.f) BBauG (Erweiterung der Volksschule)
-  **K** Kindergärten

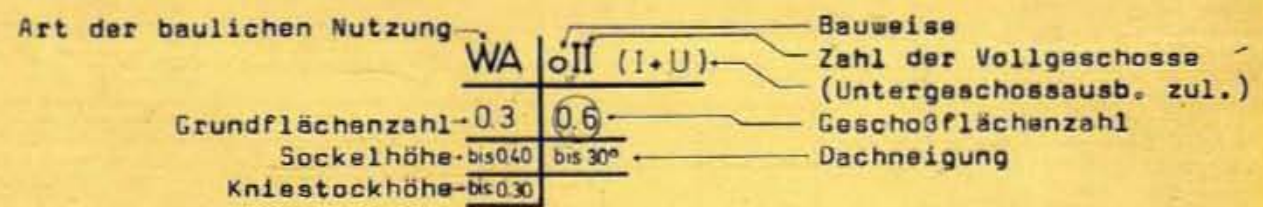
MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1.a) BBauG u. §§ 16 u. 17 BauNVO)

- I II** Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 18 BBauG)
- II IV** Zahl der Vollgeschosse zwingend
- 0.3** Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)
- 0.4 0.6** Geschoßflächenzahl (§ 20 BauNVO)





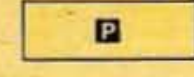
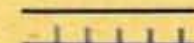
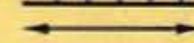

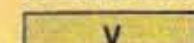


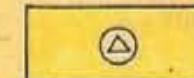
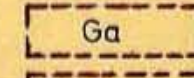
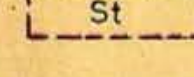
BAUWEISE (§ 9 (1) 1.b) BBauG und § 22 BauNVO)

- O** offene Bauweise
-  offene Bauweise, nur Hausgruppen zulässig

ZUSAMMENFASSUNG DER PLANZEICHEN



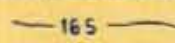
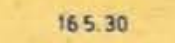
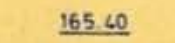
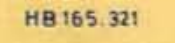
ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 23 BauNVO)

-  **Baulinie**
-  **Baugrenze**
-  Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 10 (4) BauNVO)
-  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 (5) BBauG)
-  Verkehrsflächen (§ 9 (1) 3 BBauG)
-  öffentliche Parkflächen (§ 9 (1) 3 BBauG)
-  Straßenbegrenzungslinie
-  " mit Zufahrtsverbot
-  Richtungspfeil für die Firstrichtung der Wohngebäude
-  Grünfläche mit Kinderspielplatz (§ 9 (1) 8 BBauG)
-  Verkehrsgrün mit Anpflanzungen (§ 9 (1) 15 BBauG)
-  Böschungen
-  Mit Geh - Fahr - und Leitungsrecht zugunsten der Badenwerk A.G. zu belastende Fläche (§ 9 (1) 11 BBauG)
-  Baugrundstück für Umformerstation
-  Flächen für Garagen
-  Flächen für private Stellplätze

FÜHRUNG OBERIRDISCHER VERSORGENSANLAGEN

-  20 KV Freileitung

HÖHENLAGE DES PLANGEBIETES

-  165 Höhengichtlinie
-  165.30 Geländehöhe
-  165.40 Neue bzw. fertige Straßenhöhe
-  HB 165.321 Höhenbolzen

HINWEIS

-  Anzustrebende neue Grenzen der Baugrundstücke

- I. Aufgrund der §§ 8 und folgende des Bundesbaugesetzes vom 23.6.60 (BGBl. I S.341), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung) vom 26.6.62 (BGBl. I S.429), des § 1 der zweiten Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 27.6.61 (Ges.Bl. S.103) und des § 4 (1) der Gemeindeverordnung für Baden - Württemberg vom 25.7.55 (Ges.Bl. S.129) in Verbindung mit § 111 der Landesbauordnung für Baden - Württemberg vom 6.4.64 (Ges.Bl. S.151) beschließt der Gemeinderat den für die " U r t s e r w e i t e r u n g S Ü d " aufgestellten Bebauungsplan als Satzung.
- II. Bestandteile des Bebauungsplanes:
- 1) zeichnerische Festsetzungen im Plan 1 : 1000
 - 2) schriftliche Festsetzungen
 - 3) Straßenlängsschnitte im Maßstab 1 : 1000 / 1 : 100
- III. Der genehmigte Bebauungsplan wird mit der in § 12 BBauG vorgeschriebenen Bekanntmachung rechtsverbindlich.

S C H R I F T L I C H E F E S T S E T Z U N G E N (§ 9 (1) BBauG)

1. Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1.a) BBauG)

1.1 Im Bereich von allgemeinem Wohngebiet (WA) sind nur Wohngebäude mit nicht mehr als 2 Wohnungen zulässig (§ 4 (4) BauNVO).

1.2 Bei starkem Hangefälle unter " Höchstens 2 Vollgeschosse " dürfen bergseits nur 1 Geschoß, talseits nur 2 Geschosse sichtbar werden.

1.3 Im Teilgebiet südlich des Kathol. Kindergartens, Volksschule und Evangel. Kindergarten ist § 4 (3) der Baunutzungsverordnung nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

1.4 Die Mindestabstände nach LBO sind auch dann einzuhalten, wenn die Baugrenzen bis zur Grundstücksgrenze reichen.

2. Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 (1) 1.b) BBauG)

2.1 Die Stellung der Gebäude ist im Bebauungsplan durch Richtungspfeile für die Firstrichtung dargestellt.

2.2 Freistehende Kellerwände zur Talseite müssen angeböschert werden.

3. Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 9 (1) 1.d) BBauG)

3.1 Sockelhöhe (Fußbodenoberkante des Erd- bzw. Untergeschosses)

a) bei ebenem Gelände ist die Sockelhöhe über der mittleren Höhe der angrenzenden Verkehrsfläche anzuordnen

b) am Hang von der talseitigen Geländeoberfläche an; bei Gebäuden talseits und bergseits der Straße, gemessen von der dortigen mittleren Höhe der natürlichen Geländeoberfläche.

4. Garagen und Stellplätze (§ 9 (1) 1.e) BBauG)

4.1 Für Art und Anzahl gelten die jeweiligen Richtlinien des Innenministeriums.

4.2 Garagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind zur seitlichen Grundstücksgrenze grenzbündig zulässig.

X 4.3 Senkrecht zur Straße errichtete Garagen müssen einen Mindestabstand von 5,00 m, parallel zur Straße errichtete Garagen einen Mindestabstand von 2,00 m von der Straßenbegrenzungslinie haben, soweit im zeichnerischen Teil keine anderen Festsetzungen getroffen sind.

4.4 Garagengruppen und freistehende Garagen im Bereich der vorderen Hälfte der überbaubaren Grundstücksfläche dürfen nur mit Flachdach errichtet werden.

4.5 Garagen im übrigen Bereich der überbaubaren Grundstücksfläche sind mit Flachdach oder Satteldach max. Traufhöhe 3,00 m zu errichten.

4.6 Stellplätze müssen planiert und befestigt sein.

4.7 In dem unter 1.3 genannten Teilgebiet dürfen Garagen nur in den dafür vorgesehenen Flächen errichtet werden. Dies gilt nicht für das Baugrundstück südwestlich des Kathol. Kindergartens und für Baugrundstücke an der Planstraße 7, sobald die dortigen Garagenflächen bebaut sind.

5. Außere Gestaltung der baulichen Anlagen (§ 111 LBO)

5.1 Nebengebäude:

a) Nebengebäude mit einer max. Grundfläche von 40 qm müssen grenzbündig zusammengebaut werden und sind in Form und Farbe einander anzupassen. Die zeichnerischen Festsetzungen weisen bei entsprechenden rückwärtigen Baugrenzen die hierfür vorgesehenen überbaubaren Flächen aus.

b) Nebengebäude dürfen nur 1 geschossig, mit einer max. Traufhöhe von 3,00 m errichtet werden.

5.2 Einfriedigungen:

Einfriedigungen an öffentlichen Straßen und Plätzen dürfen einschl. des Sockels von höchstens 0,30 m die Gesamthöhe von 0,80 m nicht übersteigen.

6. Ausnahmen (§ 31 (1) BBauG)

6.1 Überbauung der Baugrenzen bis 2,00 m, soweit die gesetzlichen Mindestabstände gem. §§ 7 und folgende LBO hierdurch nicht berührt werden.

6.2 Bei Baugrundstücken unter dem Durchschnitt der allgemeinen Bauplatzgrenze ist eine geringere Überbauung der festgesetzten Grund-

GEMEINDE BAIERTEN
BEBAUUNGSPLAN
ERWEITERUNG SÜD

IV. Versorgungsleitungen

Alle erforderlichen Versorgungsleitungen wie Ent- und Bewässerung, Elektrizität usw. werden durch diese Bebauungsplanänderung nicht berührt.

V. Bodenordnung

Eine Baulandumlegung für das Plangebiet ist bereits durchgeführt. Evtl. Veränderungen von Grundstücksgrenzen sind vom Grundstückseigentümer durch Maßbrief zu regeln. Eine Baulandumlegung ist nicht mehr erforderlich.

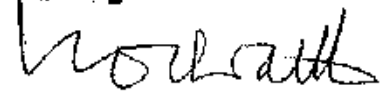
Wiesloch, den 1. März 1972

Oberbürgermeister

In Vertretung:



Planungsamt



Bebauungsplan "Orterweiterung Süd"; Gemarkung Wiesloch Stadtteil
Sielertel; Änderung zwischen Fichtenweg, Akazienweg und Tannenweg

B e g r ü n d u n g

nach § 9 BauuG

I. Allgemeines

- (1) Für das Gebiet "Orterweiterung Süd" liegt ein Bebauungsplan vor, der am 22. Mai 1968 vom Landratsamt Heidelberg genehmigt wurde.
- (2) Bei der seinerzeit durchgeführten Baulandumlegung wurden zwischen dem Fichtenweg, Akazienweg und Tannenweg vier Baugrundstücke gebildet um darauf entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes eine Hausgruppe zu errichten.
- (3) Der Eigentümer der Grundstücke hat über seinen Architekten einen Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes in diesem Bereich gestellt. Aufgrund der topographischen Verhältnisse kann auf dem Gelände die Errichtung einer Hausgruppe nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten durchgeführt werden.
- (4) Der rechtskräftige Bebauungsplan "Orterweiterung Süd" soll in dem genannten Bereich zuerst geändert werden, daß dort die Errichtung von drei Einzelhäusern möglich wird.

II. Räumlicher Geltungsbereich

Das Plangebiet umfaßt die Grundstücke zwischen Fichtenweg, Akazienweg und Tannenweg mit Ausnahme des Grundstücks für die Trafostation und der Garten- bzw. Stellplatzgrundstücke.

III. Erschließung

Es ist nicht beabsichtigt im Zuge der Bebauungsplanänderung Straßenzüge zu verlegen bzw. zu verändern.

IV. Versorgungsleitungen

Alle erforderlichen Versorgungsleitungen wie Ent- und Bewässerung, Elektrizität usw. werden durch diese Bebauungsplanänderung nicht be-
rührt.

V. Gemarkung

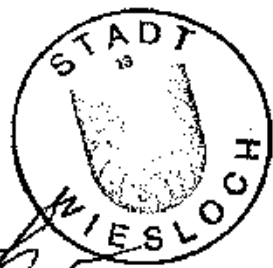
Eine Gemarkungslage für das Plangebiet ist bereits durchgeführt.
Evtl. Veränderungen von Grundstücksgrenzen sind vom Grundstückseigentümer
durch Maßstab zu regeln. Eine Gemarkungslage ist nicht mehr er-
forderlich.

Wiesloch, den 1. März 1973

Oberbürgermeister

In Vertretung:

Mohr



Planungsamt

Hollard

GEMEINDE BAIERTAL
LANDKREIS HEIDELBERG

BEBAUUNGSPLAN " ORTSERWEITERUNG SÜD "

Inhaltsverzeichnis

- I. Begründung (§ 9 (6) BBauG)
- II. Verzeichnis der betroffenen Grundstücke

1. Begründung

1. Allgemeines

Das Gebiet des festzustellenden Bebauungsplanes "Ortserweiterung Süd" ist im Entwurf zum Flächennutzungsplan als Wohngebiet dargestellt. Planungsentscheidungen mit Modell wurden durch die Beratungsstelle für Bebauungspläne beim Regierungspräsidium für Nordbaden in Karlsruhe erarbeitet.

Das Baugebiet liegt im Süden der derzeitigen Ortsbebauung im Anschluß an die neu errichtete Volksschule.

In Erweiterung des Schulzentrums sind Kindergärten mit Gemeindezentren beider Konfessionen im Anschluß an die neue Volksschule eingeplant. Das zu erschließende Gebiet erstreckt sich über eine von Westen nach Osten verlaufende Talmulde mit den nach Norden und Süden aufsteigenden, leicht geneigten Hängen.

Die im östlichen Teil des Plangebietes bestehende Lederschenstraße verbindet durch ihre Fortsetzung nach Westen die geplante Ortsverbindung Baiertal - Diebheim mit dem bestehenden östlichen Ortsteil an der Kreisstraße Nr. 109.

Im Bereich der vorgesehenen Läden, 4 geschossigen - und Reihenbebauung ist als örtliche Erholungsfläche eine Grünanlage mit Kinderspielfeld eingeplant.

Die seit mehreren Jahren stagnierende Bautätigkeit in der Gemeinde Baiertal erfährt durch die geplante Erschließung wieder den notwendigen Aufschwung.

2. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Das Planfeststellungsgebiet wird im Norden durch den bestehenden Ortsteil mit der neuen Volksschule begrenzt.

Im Osten bildet der verbleibende Grundstücksteil von Grdst. Nr. 1939, die bestehende Bebauung am Mühlenbergweg und der Lederschenstraße und der Gungelbach die Begrenzung.

Im Süden und Westen bilden die nichtberührten Ackergrundstücke der Gewanne Wasentlach, Spitzenberg, Schneiderecker, Sinzheimer Höhe, Auf der Miet und Bildacker die Grenze.

3. Bebauung

Die Planung über die Bebauung ist überwiegend auf den ländlichen Bedarf an 1 - und 2 geschossigen Ein - und Zweifamilienwohnhäusern abgestimmt.

Der 4 geschossigen Bebauung an der Planstraße 11 hat der Gemeinderat nur unter Vorbehalt zugestimmt, da die Gemeinde derzeit über keinerlei Mittel verfügt, ein derartiges Bauprogramm durchführen zu können. Wegen des überwiegend ländlichen Charakters des Planungsgebietes ist seitens der Gemeinde gegen die Errichtung von Nebengebäuden in beschränktem Umfang nichts einzuwenden.

Im Bereich des baulichen Schwerpunktes strebt die Gemeinde die Errichtung eines Ladenzentrums an, das die örtliche Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs gewährleistet.

4. Verkehr

4.1 Fließender Verkehr:

Die äußere Erschließung erfolgt über die Planstraße 1 über die Diehlheimer Straße zur Landesstraße Nr. 547 (Wieselocher Straße) und über die Lederschenstraße (Verlängerung der Planstraße 1) zur Kreisstraße Nr. 109 (Hörsenberger Straße).

4.2 Ruhender Verkehr:

Für den ruhenden Verkehr wurde bei den Festsetzungen im Bebauungsplan eine Vollmotorisierung zugrunde gelegt. Für jede Wohnung ist ein Stellplatz oder eine Garage vorzusehen, die auf dem Baugrundstück oder in Gemeinschaftsanlagen unterzubringen sind.

5. Bodenordnung

Die im Bebauungsplan angedeuteten Grenzen der neuen Baugrundstücke sind unter geringfügigen Abweichungen in den Zuteilungsentwurf zur Baulandumlegung bereits übernommen worden. Die beteiligten Grundstückseigentümer haben ihrer neuen Zuteilung zugestimmt.

6. Versorgungsleitungen und Entwässerung

Die Versorgung mit Wasser und Strom sowie die Abwasserbeseitigung erfolgt über das zu erweiternde örtliche Versorgungsnetz.

7. Flächenverteilung

Größe des Planungsgebietes	15. 87,66 ha	100 %
Verkehrs - und Grünflächen	3. 32,63 ha	20,95 %
Bauflächen	12. 55,03 ha	79,05 %

Die durchschnittlichen Bauplotzgrößen liegen bei 6 - 7 ar.

8. Geplante Wohnungen (WE)

Vollgeschosse	geplante WE min.	geplante WE max.
I	60	60
II	150	192
II Reihen	16	16
IV	36	48
Insgesamt:	262	316

9. Einwohnerzahl

Angenommen pro Wohnung 3,5 Einwohner (Bundesdurchschnitt)

Geplante WE	min.	=	262	x	3,5	=	917	Einwohner
Geplante WE	max.	=	316	x	3,5	=	1106	Einwohner
Mittel:		=	289	x	3,5	=	1012	Einwohner

10. Wohndichte

Reine Wohnbaufläche	=	12,55	ha
Einwohnerzahl (Mittel)	=	1 012	Einwohner
Wohndichte:	1 012 / 12,55 ha	=	81 Einwohner/ha

11. Kosten

Die überschlägig ermittelten Kosten, die durch die vorgesehenen städtebaulichen Maßnahmen entstehen, setzen sich wie folgt zusammen:

11.1 Straßen (Öffentliche Verkehrsflächen)

31300 qm	x	65.- DM/qm	ca	DM	2.035 000.-
Grünfläche mit Kinderspielplatz					
1970 qm	x	20.- DM/qm	ca	DM	40 000.-

11.2 Kanalisation

2420 lfdm	x	140.- DM/lfdm	ca	DM	339 000.-
-----------	---	---------------	----	----	-----------

11.3 Baulandumlegung

158 800 qm	x	0,40 DM/qm	ca	DM	64 000.-
------------	---	------------	----	----	----------

Die Gesamtkosten betragen ca DM 2.478 000.-

DER PLANER:
Heidelberg, den 10. Juli 1967



Zipprian

Öffentl. best. Vermess. Ing.

Rhein-Neckar-Kreis

Gemeinde: Wiesloch

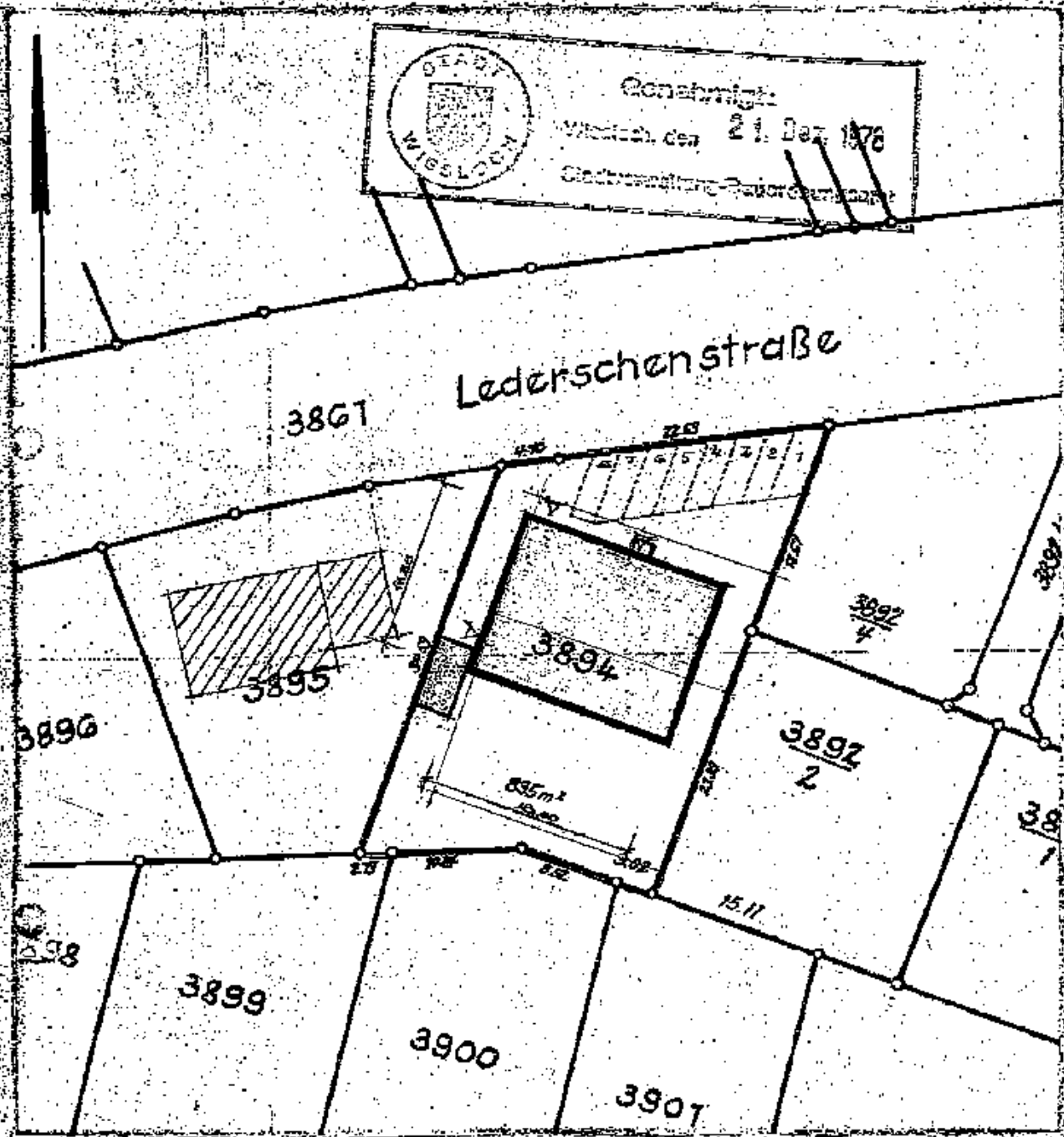
Gemarkung: Baiertal

(Ortsteil)

Unbeglaubigter Auszug

aus dem Liegenschaftskataster

Flurstück Nr. 3894



Genehmigt:
Wiesloch, den 21. Dez. 1976
Stadtverordneter-Beauftragter

Festsetzungen des Bebauungsplans:

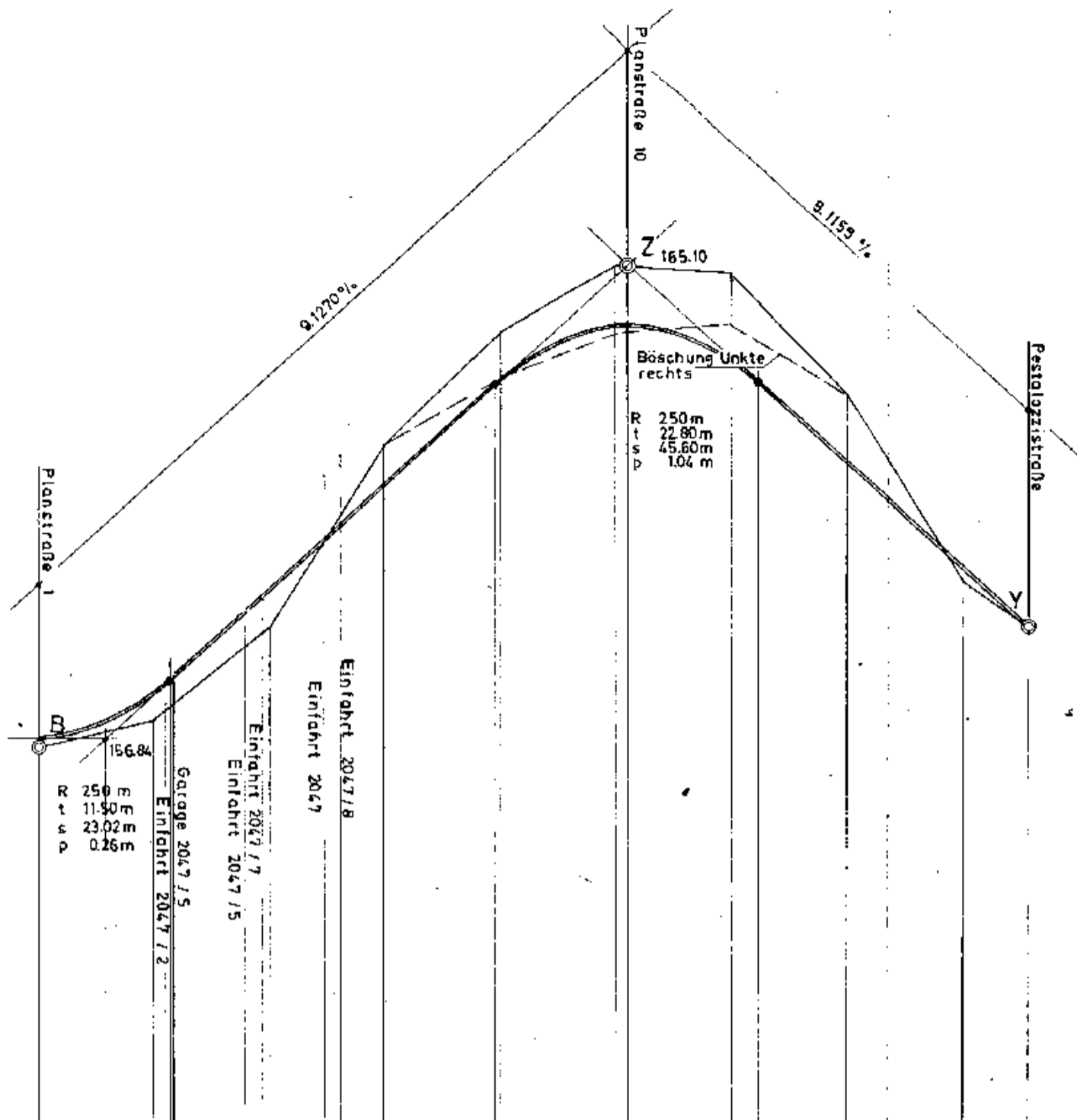
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		

- 1. Art d. baul. Nutzung
- 2. Zahl d. Vollgeschosse
- 3. Grundflächenzahl GRZ
- 4. Geschossflächenzahl GFZ
- 5. Baumassenzahl BMZ
- 6. Bauweise offen o
- 7. " geschlossen s
- 8. Satteldach SD
- 9. Flachdach FD
- 10. Walddach WD
- 11. Dachneigung
- 12. Anzahl d. zulässigen Wohneinheiten WE

Maßstab 1: 500

Unbeglaubigter Auszug aus dem
Liegenschaftskataster
gefertigt am 30. Mai 1978
Staatl. Vermessungsamt Heidelberg

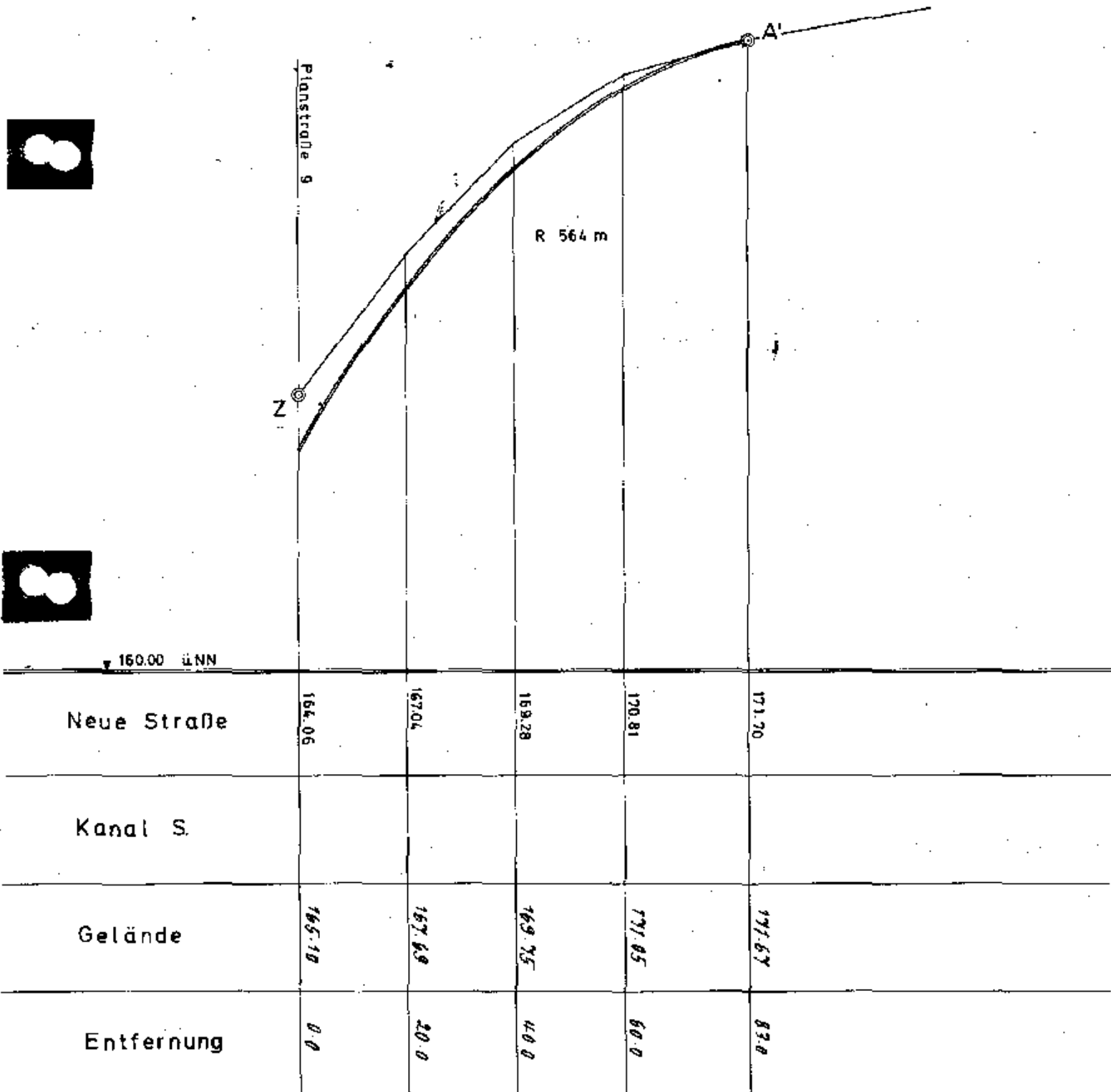
Darstellung entspricht dem Liegenschaftskataster. Abweichungen gegenüber dem Grundbuch möglich.



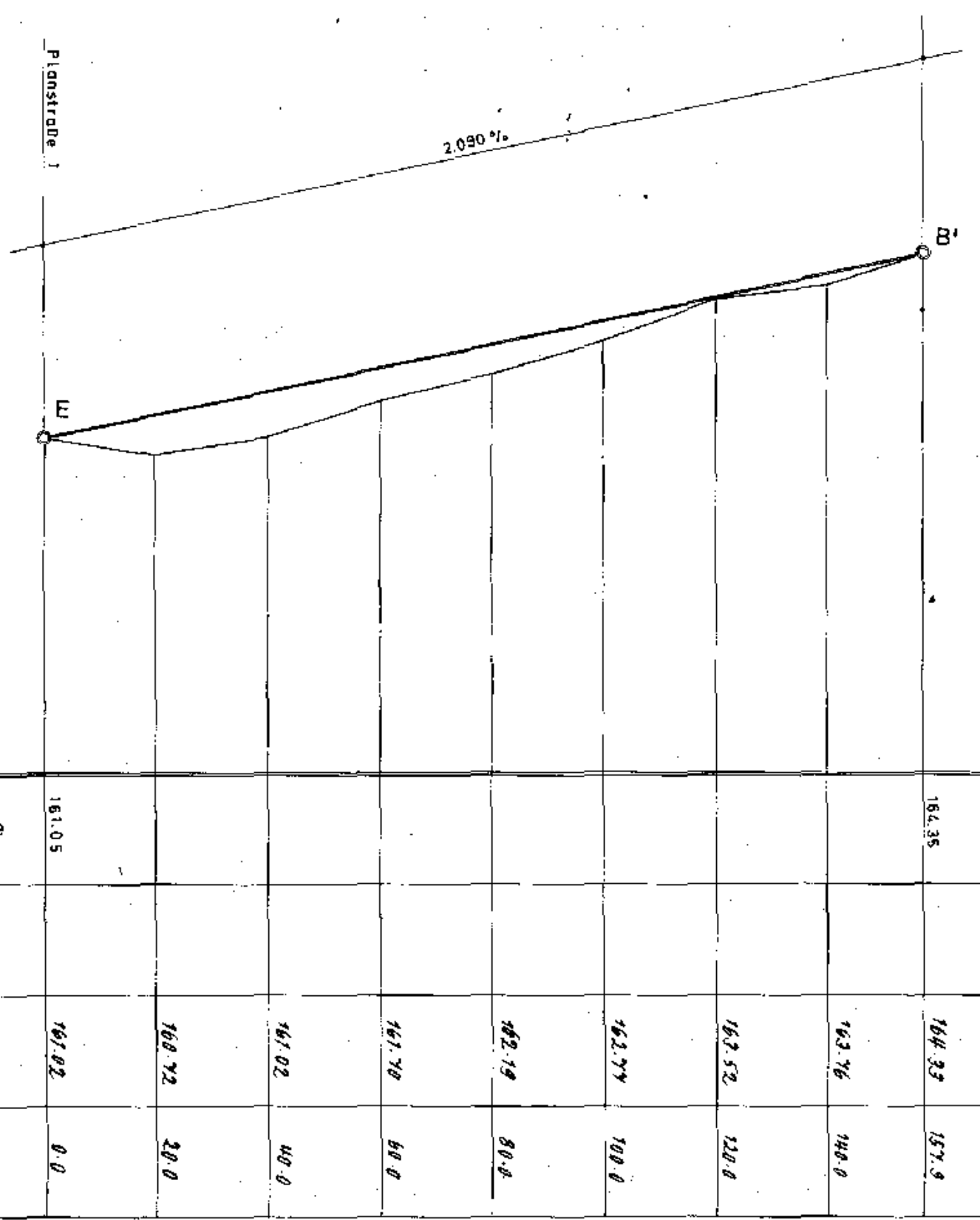
150.00 ÜNN

Neue Straße	156.84	157.10	157.89	163.02	163.06	163.02	158.81
Kanal S.							
Gelände	156.68	157.16	157.94	161.93	163.94	164.95	159.58
Entfernung	0.0	11.5	20.0	79.2	80.0	120.0	140.0

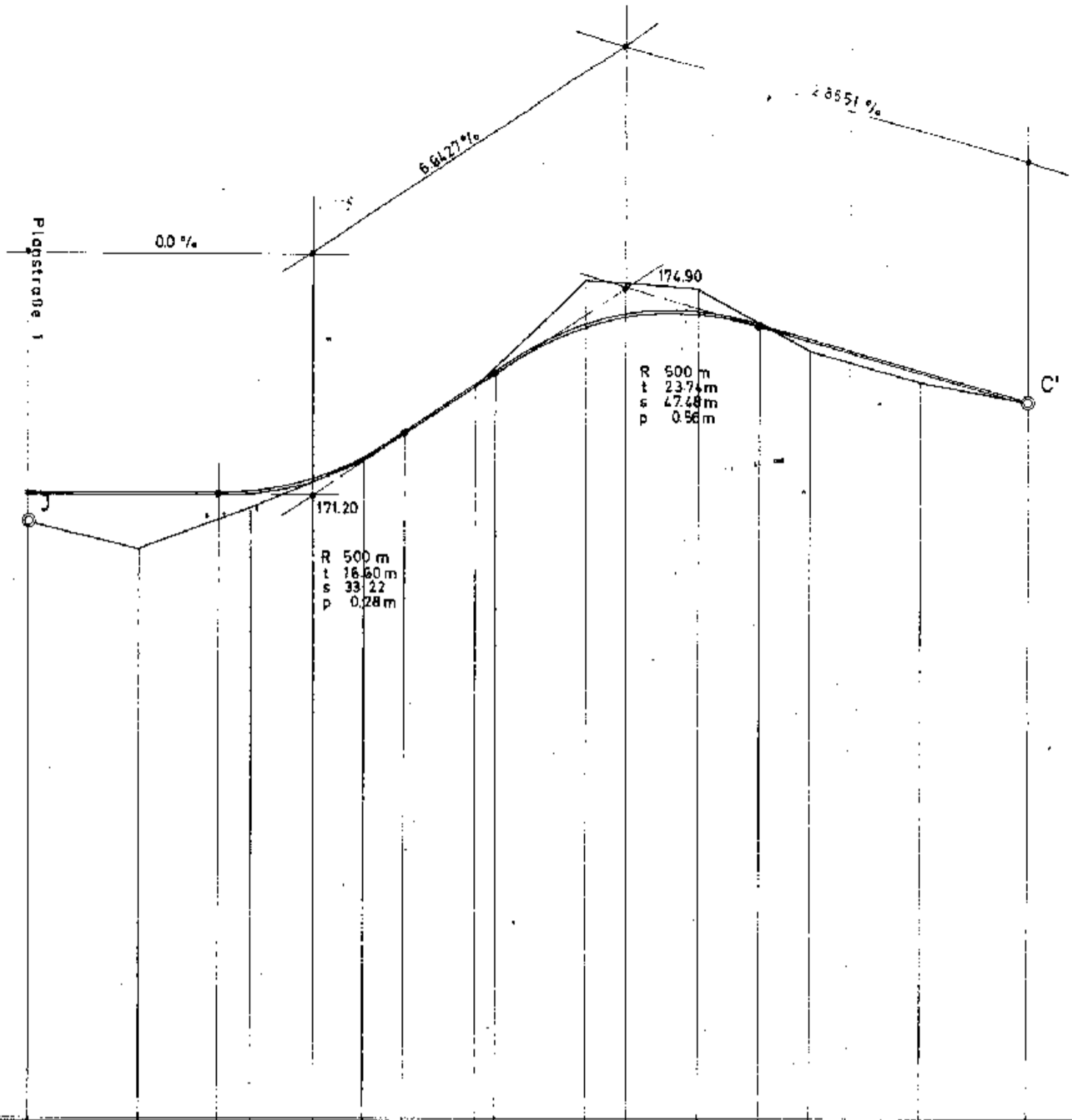
BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 9 - Mühlenbergweg -



BAIERTAL 1:1000 / 1:100
 Planstraße 10



BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 11



160.00 ü.NN

Neue Straße	171.20	171.20	171.48	172.30	173.32	174.36	174.22	172.85
Kanal S.								
Gelände	170.70	170.20	170.95	171.74	173.11	175.05	174.90	173.20
Entfernung	0.0	20.0	34.7	40.0	51.3	60.0	67.9	83.6

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 12

Bahles

Baiertal, den ~~25. XII~~ 1966
Der Bürgermeister

06222 / 84243

Der Bebauungsplanentwurf hat gemäß § 2 (6) BBauG nach
ortsüblicher Bekanntmachung
am 30. Oktober 1967
von 8. November 1967
bis 8. Dezember 1967 öffentlich aufgelegt.
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG in Verbindung mit
§ 4 GO durch Beschluß des Gemeinderates
vom 20. Dezember 1967 als Satzung beschlossen.

Baiertal, den 22. Dezember 1967
Der Bürgermeister

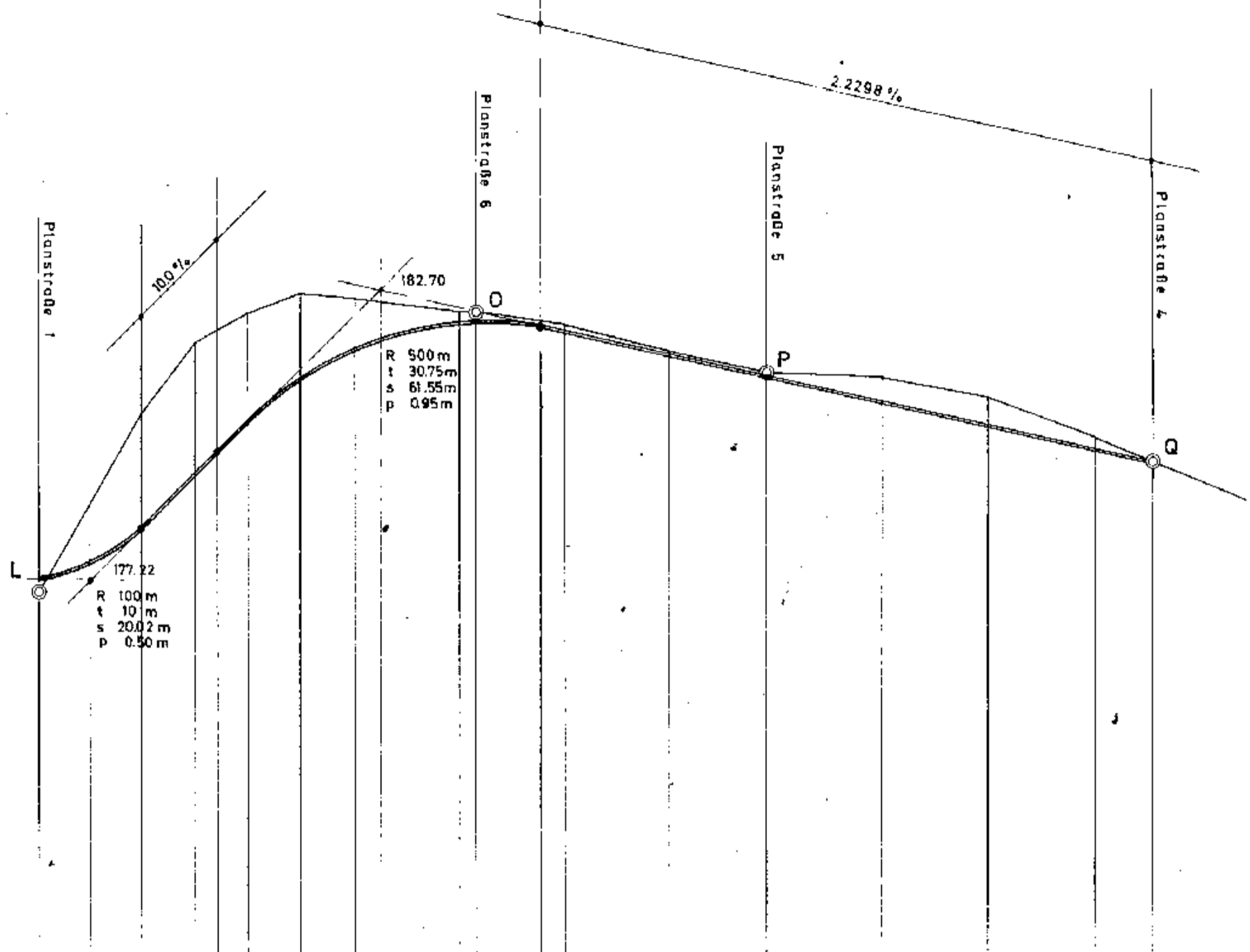
Genehmigungsvermerk der höheren Verwaltungsbehörde:

Nr.
Genehmigt (§ 11 BBauG)

Heidelberg, den 196
Landratsamt

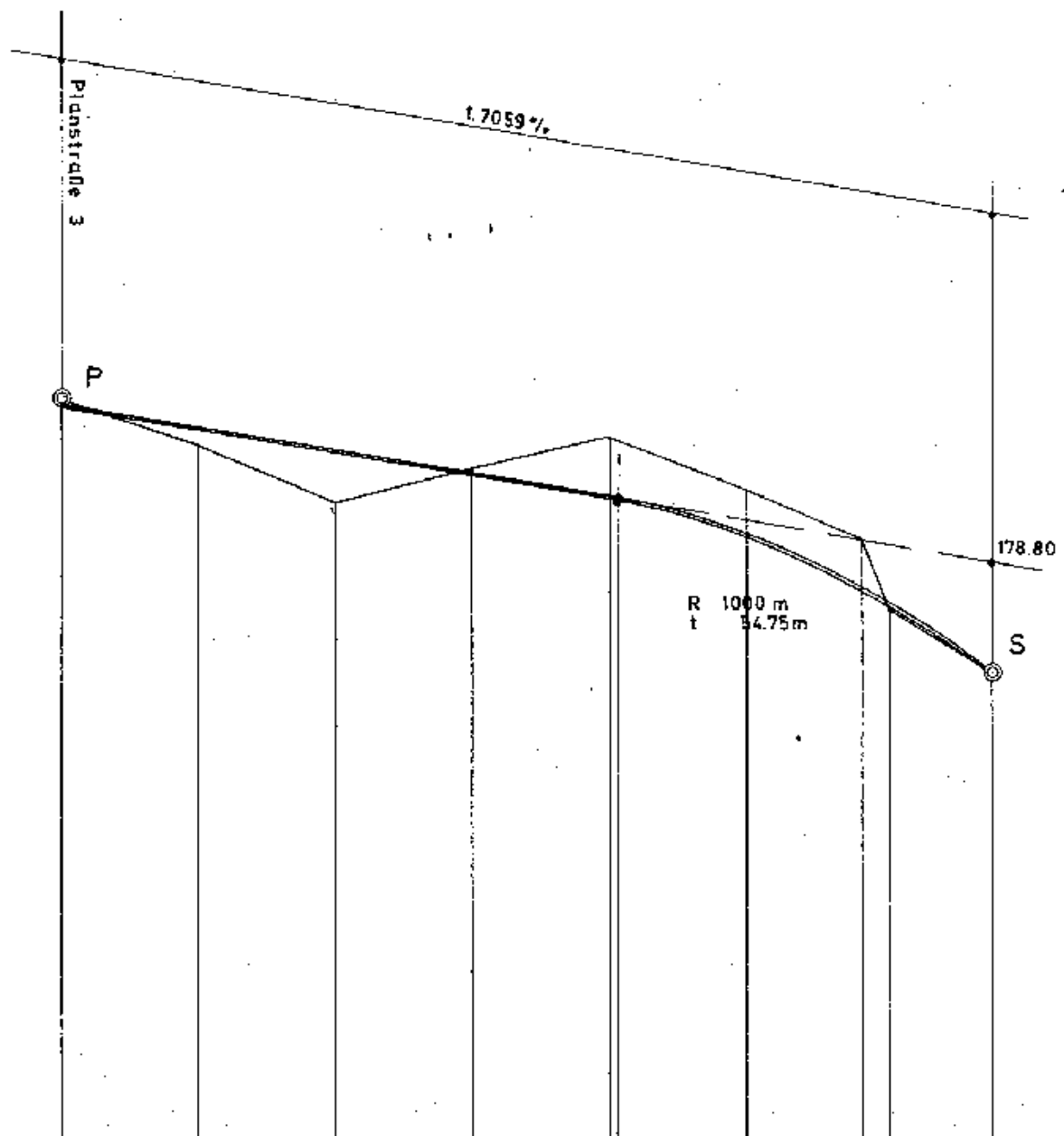
Durch Bekanntmachung der Genehmigung gemäß § 12 BBauG
von 5. Juni 1968
bis 14. Juni 1968
ist der Bebauungsplan am Ausgabetag o.h.
am 15. Juni 1968 rechtsgültig geworden.

Baiertal, den 18. Juni 1968
Der Bürgermeister



	179.22	177.72	178.22	179.62	181.75	181.85	182.01	181.03	181.13	181.06	180.66	179.88	179.439
Neue Straße	179.22	177.72	178.22	179.62	181.75	181.85	182.01	181.03	181.13	181.06	180.66	179.88	179.439
Kanal S.													
Gelände	176.99	178.66	180.36	181.70	182.27	182.67	182.55	182.30	182.05	181.58	181.13	180.66	179.439
Entfernung	0.0	10.0	20.0	34.05	40.0	50.0	60.0	80.0	95.55	100.0	120.0	138.0	211.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
 Planstraße 3 - verl. Zum Wilhelmsblick -



170.00 ü. NN

Neue Straße

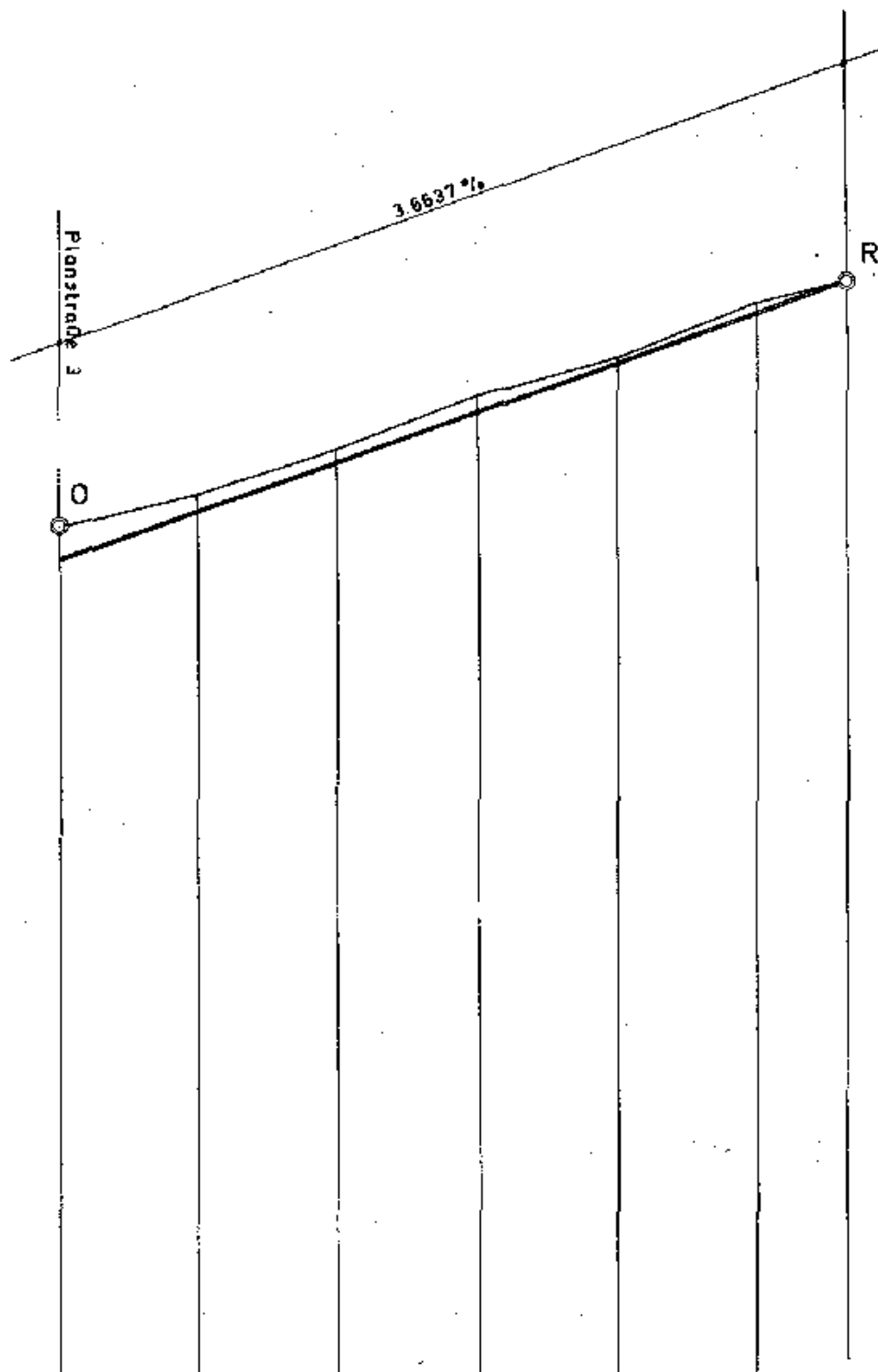
Kanal S.

Gelände

Entfernung

181.03				179.73	179.23	178.48	177.30
181.13	180.45	179.59	180.09	180.60	179.82	179.08	177.16
0.0	20.0	40.0	60.0	81.25 80.0	100.0	117.0	136.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 5



170.00 ü.NN

Neue Straße

181.85

186.00

Kanal S.

Gelände

Entfernung

182.30

182.79

183.45

184.23

184.82

185.58

185.93

0.0

20.0

40.0

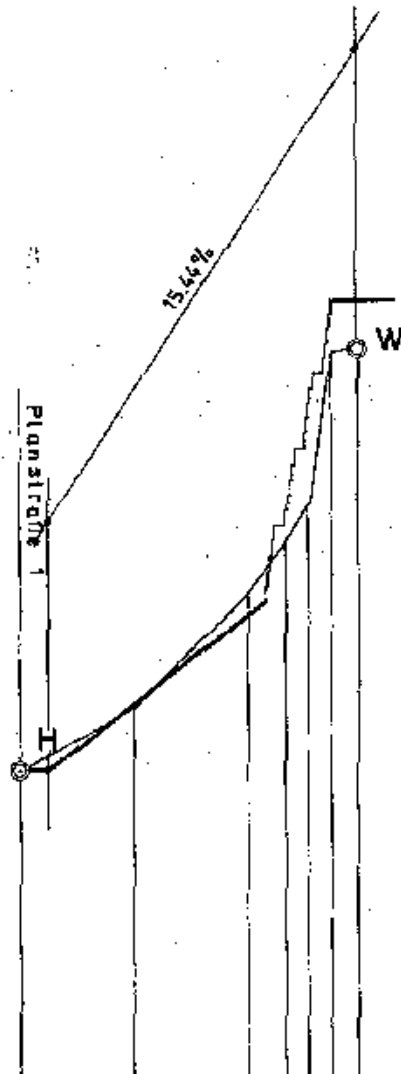
60.0

80.0

100.0

113.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 6



Neue Straße

Kanal S.

Gelände

Entfernung

169.07

169.00

0.0

168.95

15.0

171.47

30.0

172.20

35.0

172.57

38.0

174.70

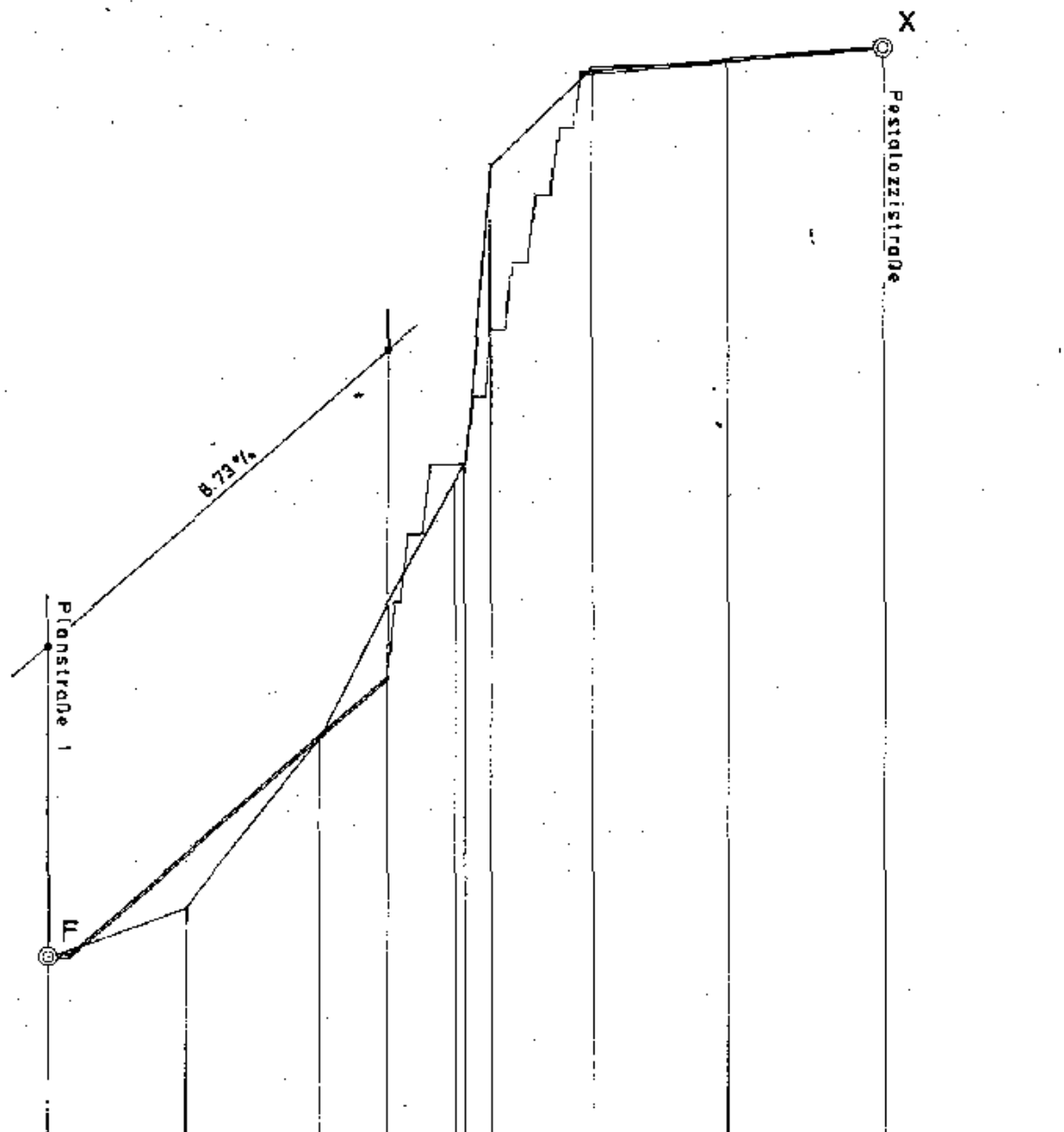
41.0

174.74

44.5

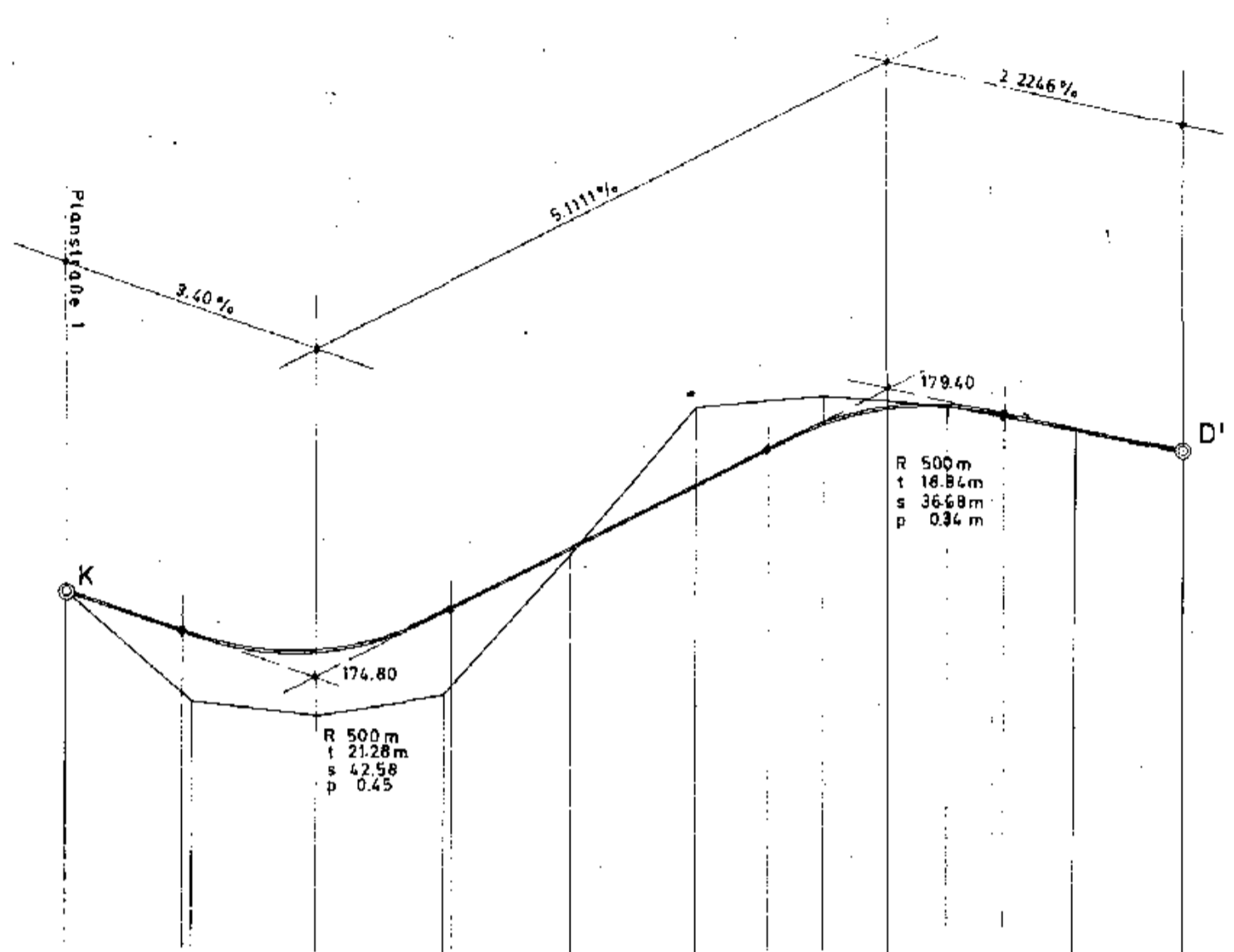
175.40

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 7



	162.79		166.85						
Neue Straße	162.79		166.85						
Kanal S.									
Gelände	162.75	163.49	166.00	168.03	169.86	170.70	174.52	175.97	176.27
Entfernung	0.0	20.0	40.0	50.0	60.0	61.5	65.0	80.0	100.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planweg 8



	176.16	175.52	175.25	175.89	178.45	179.06	178.99	178.35
Neue Straße								
Kanal S.								
Gelände	176.15	174.40	174.18	174.49	176.73	179.06	179.09	178.79
Entfernung	0.0	18.72	40.0	61.28	80.0	100.0	118.34	140.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 13

BAIERTAL, den *23. Okt.* 1967
Der Bürgermeister

[Handwritten signature]

Planfertiger:
HEIDELBERG, den *23. Oktober* 1967

Jippian

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur



1:1000

BESCHLÜSSE - UND GENEHMIGUNGSVERMERKE

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 19.1.1965

Heidelberg, den 1967

Öffentlich bestellter Vermess. Ing.

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 2 (1) BBauG durch Beschluß des Gemeinderates vom .. 21. Juli 1966 aufgestellt.

Baiertal, den .. 25. Juli 1966
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplanentwurf hat gemäß § 2 (6) BBauG nach ortsüblicher Bekanntmachung

am .. 30. Oktober 1967
von ... 8. November 1967
bis ... 8. Dezember 1967 öffentlich aufgelegt.

Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG in Verbindung mit § 4 GO durch Beschluß des Gemeinderates

vom .. 20. Dezember 1967 als Satzung beschlossen.

Baiertal, den .. 22. Dezember 1967
Der Bürgermeister

Genehmigungsvermerk der höheren Verwaltungsbehörde:

Nr.

Genehmigt (§ 11 BBauG)

Heidelberg, den 196
Landratsamt

Durch Bekanntmachung der Genehmigung gemäß § 12 BBauG

von ... 5. Juni 1968
bis ... 14. Juni 1968
ist der Bebauungsplan am Ausgabetag d.h.
am .. 15. Juni 1968 rechtsgültig geworden.

Baiertal, den .. 18. Juni 1968
Der Bürgermeister